

Antrag

Hannover, den 25.04.2023

Fraktion der CDU

Keine Kapitulation vor dem Lehrkräftemangel - Unterrichtsversorgung in Niedersachsen sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz hat zu Beginn dieses Jahres in ihrer Stellungnahme „Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“ konstatiert, dass der Mangel an qualifiziertem Personal mittlerweile in dramatischer Art und Weise fast alle Segmente des Arbeitsmarktes präge, so auch den Teilarbeitsmarkt Schule. Der Mangel bedrohe die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung und beeinträchtige auch die Qualität des Unterrichts.

Laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage von Beginn dieses Jahres, die im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) unter Schulleitungen durchgeführt wurde, waren zu Beginn des laufenden Schuljahres mehr als 50 000 Stellen an Schulen in Deutschland unbesetzt.

Auch in Niedersachsen sind diese Auswirkungen unmittelbar spürbar. So erreicht die Unterrichtsversorgung an den niedersächsischen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zum Statistikstichtag im 1. Schuljahr 2022/2023 am 8. September 2022 einen landesweiten schulformübergreifenden Durchschnittswert von 96,3 %. Das ist der niedrigste Wert seit über 20 Jahren.

Angesichts dieser Entwicklungen muss dem Lehrkräftemangel entschlossen begegnet, müssen Rekrutierungskonzepte aufgelegt und die Unterrichtsversorgung nachhaltig verbessert werden - durch bessere Bezahlung der Lehrkräfte, durch Anreize für mehr Vollzeit statt Teilzeit, durch attraktivere Rahmenbedingungen, durch eine gute Organisation des Ganztagsbetriebs, durch mehr und besser qualifizierte Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, durch eine passgenaue Planung der Studienkapazitäten, eine zeitgemäÙe Ausbildung und einen Abbau überbordender Bürokratie im Schulwesen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die A13-Besoldung für alle Lehrkräfte sofort mit dem Nachtragshaushalt 2023 einzuführen, um im Vergleich mit anderen Ländern wie Nordrhein-Westfalen und Hessen konkurrenz- und wettbewerbsfähig zu bleiben,
2. die Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft entsprechend anzupassen,
3. Anreize zu setzen, um Teilzeitkräfte zu motivieren, Stunden aufzustocken, beispielsweise durch eine Aufstockung des Schulbudgets pro hinzugewonnener Arbeitsstunde,
4. die Mehrarbeitsvergütung für Lehrkräfte je Unterrichtsstunde um 15 % zu erhöhen, um Lehrkräfte zu motivieren, zusätzlich zu ihrem Stundendeputat weitere Unterrichtsstunden zu erteilen,
5. die Rahmenbedingungen der Arbeitszeitkonten stärker zu flexibilisieren,
6. Lehrkräfte aus den Betreuungsangeboten des Ganztages abzuziehen und diese im Kernunterricht einzusetzen,
7. mehr pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, freie Mitarbeiter (beispielsweise Coaches, Pädagogen) und Vereine sowie Institutionen im Ganztagsystem einzusetzen, um Ressourcen für den Unterricht freizusetzen und den Ganztagsbetrieb dennoch sicherzustellen,

8. bei der Einstellung Ehrenamtlicher bürokratische Hürden zu senken und den Schulen ein auskömmliches Budget zur Finanzierung des Ganztages zur Verfügung zu stellen,
9. ein attraktives berufsbegleitendes Quereinsteiger-Studium einzuführen, das praxisnahe Pädagogik für Berufserfahrene mit unterschiedlicher beruflicher Vorbildung vermittelt,
10. eine schnellere und unbürokratischere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, vor allem aus der EU, umzusetzen,
11. die Eigenverantwortlichkeit der Schulen bei der Personalauswahl zu stärken,
12. zwischen Kultus- und Wissenschaftsministerium ein mittel- und langfristig fachspezifisches Kalkulationsbedarfsmodell zu etablieren, um Steuerungsprobleme zu vermeiden und gezielt die Studienfächerkapazität ausbauen zu können, die entsprechende Bedarfe aufweisen,
13. die Studienseminare, vor allem im ländlichen Raum, gezielt zu stärken und deren Kapazitäten passgenau aufzustocken beziehungsweise voll auszulasten,
14. zu prüfen, ob die Verteilung der Studienseminare insbesondere im ländlichen Raum, mit Blick auf stark unterversorgte Regionen, noch den aktuellen Anforderungen entspricht,
15. die Lehramtsausbildung noch praxisnäher zu gestalten, um späte Abbrüche, vor allem in der Masterphase, zu vermeiden,
16. die Möglichkeiten eines dualen Studiums der Lehramtsausbildung zu prüfen,
17. die Zuweisung der zur Verfügung stehenden Lehrerstunden effizienter zu gestalten, damit Lehrkräfte primär für die Erfüllung der Unterrichtsverpflichtungen/Stundentafeln eingesetzt werden,
18. zusätzliche unterrichtsfremde Aufgaben und dahinterstehende Anrechnungsstunden dauerhaft von nicht lehrendem Personal wahrnehmen zu lassen bzw. zu besetzen,
19. das Modellprojekt „Verwaltungsassistent“ zu evaluieren und bei Erfolg in dauerhafte Strukturen zu überführen,
20. Lehrkräften, die freiwillig länger arbeiten wollen, die Möglichkeit zu bieten, länger als die bisherigen drei Jahre im Schuldienst aktiv zu bleiben,
21. pensionierten Lehrkräften, die wieder unterrichten wollen, die Möglichkeit zu bieten, schneller und unbürokratischer in den Schuldienst zurückzukehren, ohne neue Einstellungsverfahren.

Begründung

Der Lehrkräftemangel führt vermehrt dazu, dass Unterricht nicht mehr verlässlich erteilt werden kann. Da keine Personalreserven vorhanden sind, finden teilweise keine Vertretungen statt und es kommt zu Stundenausfällen, da Krankheitsfälle nicht abgefangen werden können; eine Belastung für die Schülerinnen und Schüler. Häuft sich der Unterrichtsausfall, fehlt den Schülerinnen und Schülern am Ende ihrer Schullaufbahn Lehrstoff. Dieser Umstand wirkt sich dauerhaft nachteilig im späteren Berufsleben oder im Studium aus. Eine Bildungsbiografie mit Brüchen ist die Folge. Der Lehrkräftemangel bedeutet ebenfalls eine Belastung für die Eltern, die eine qualitativ hochwertige Beschulung und Betreuung ihrer Kinder gefährdet sehen. Auch die Lehrkräfte leiden unter der Mangelsituation angesichts steigender Verpflichtungen, immer weniger Möglichkeiten individueller Betreuung und einer immer heterogener werdenden Schülerschaft.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Verteilt am 26.04.2023)